Joachim Lege, Greifswald*

Fakultätsjubiläum: 25 Jahre Wiedereröffnung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

Wie lang doch 25 Jahre sind! Einen Eindruck davon bekommt man, wenn man das Heft Nr. 61 der Greifswalder Universitätsreden (Neue Folge) zur Hand nimmt. Es enthält nicht weniger als eine Ansprache, vier Grußworte, einen Festvortrag – und am Ende sogar „Gedanken": Gedanken der Vertreterin der Studentenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Anlass von allem war, am 25. Februar 1991, die feierliche Immatrikulation der ersten 149 Studentinnen und Studenten der noch in Gründung befindlichen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät eben dieser Universität. Oder besser: der Wiedererrichtung dieser Fakultät. Denn natürlich hatte es eine Juristische Fakultät schon seit Gründung der Universität im Jahr 1456 gegeben, seit 1914 war sie durch die Ergänzung um zwei ökonomische Lehrstühle zu einer Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät geworden. Nach dem Zweiten

* Prof. Dr. *Joachim Lege* ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, Rechts- und Staatsphilosophie an der Universität Greifswald und Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.

Weltkrieg verfügte dann allerdings die Sowjetische Militäradministration, also die oberste Behörde der sowjetischen Besatzungszone, die Schließung der Fakultät. (An ihre Stelle trat in gewisser Weise die „Sektion Marxismus-Leninismus [ML]“, die übrigens in der Domstraße 20 residierte.)

Wie kam es nun zur Wiedereröffnung von „Recht und Staat“? Zunächst die äußeren Fakten: Nach der sog. friedlichen Revolution in der DDR beschloss noch zu DDR-Zeiten, genau gesagt am 15. Juni 1990, der neugewählte Akademische Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in seiner allerersten Sitzung, erneut eine Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät zu errichten. Treibende Kraft war offenbar der damalige Rektor *Hans-Jürgen Zobel*, ein Theologe, aber auch die Landesregierung in Gestalt des Ministerpräsidenten Dr. *Alfred Gomolka* (ein Absolvent der Greifswalder Geographie), des Justizministers Dr. *Ulrich Born* (ein Westimport) und des Kultusministers *Oswald Wutzke* (auch er Theologe). Zudem gab es tatkräftige Unterstützung von Seiten der selbst erst vor kurzem gegründeten Universität Osnabrück, vor allem durch die Professoren *Karl-Ulrich Meyn* und *Michael Baulke*, aber auch von Seiten einiger ganz großer Namen der juristischen Zunft, nämlich der Professoren *Hans Hattenhauer* (Kiel), *Kjell Åke Modéer* (Lund) und *Hans-Heinrich Jescheck* (Freiburg i.Br.). Wie auch immer, man arbeitete offenbar fieberhaft und unbürokratisch: Schon Ende 1990 wurden dem Ministerium zehn (!) Listen zur Berufung rechtswissenschaftlicher Professoren vorgelegt, schon am 25. Februar 1991 wurden, wie erwähnt, die ersten Studentinnen und Studenten immatrikuliert (110 im Fach Jura, 39 im Fach Ökonomie). Danach gab es freilich politischen Gegenwind, so dass die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät erst am 26. Oktober 1992 förmlich neu konstituiert wurde.

Was waren nun die Motive für die Wiedererrichtung der Fakultät? Sie ergeben sich am klarsten wohl aus jenen Ansprachen, Grußworten und Gedanken in Heft Nr. 61 der Greifswalder Universitätsreden. Motiv war zum einen gewiss der Wunsch, die „Amputation“ der Universität rückgängig und sie dadurch wieder zu einer Volluniversität zu machen (Rektor *Zobel*), zum anderen das Bestreben, für den Neuaufbau des Gemeinwesens und der Region Fachkräfte herbeizuziehen: Professoren des Rechts und der Wirtschaft, die sich möglichst auch im Umfeld engagieren (Justizminister *Born*); und Studenten, die möglichst bald als Eigengewächs des Landes die Westimporte in den Führungspositionen ablösen (Professor *Meyn*). Aber das war nicht alles. Es gab obendrein auch eine Menge Pathos: weniger zur Wirtschaftswissenschaft – dass man die braucht, liege auf der Hand (*Meyn*) –, umso mehr zum Recht.

Es ist schon bemerkenswert, ausgerechnet von einem Justizminister Worte zu hören, die man sich sogar als Rechtsphilosoph gern in Stein gemeißelt wünscht. Sie lauten: „Recht und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Sie sind die Garanten unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Freiheit ohne Recht führt zu Willkür und Anarchie und damit zur Unfreiheit. Ebenso bleibt Recht ohne Freiheit letztlich nur ein formaler Ordnungsrahmen, eine Hülle, die materielles Unrecht zu legalisieren versucht. […] Freiheit erfüllt Recht mit Leben, und Recht sichert Freiheit“ (*Born*). Noch pathetischer beschreibt Dr. *Reinhard Glöckner*, Oberbürgermeister der Stadt Greifswald, auch er Theologe, wie das Land und die Region nach Recht und Gerechtigkeit „dürsteten“. Kultusminister *Wutzke* erinnert an den „Unrechtsstaat“ der DDR, Rektor *Zobel* an das Lied „Die Partei hat immer recht“. In deutlicher Abkehr davon erhoffte man sich von der neuen Fakultät nun einen deutlich sichtbaren Beitrag zur Herrschaft des Rechts – ganz ebenso wie von den sage und schreibe 50 neugeschaffenen Gerichten im Land, auf die man mit Stolz und Dankbarkeit blickte (*Born, Glöckner*). Von den Studenten schließlich erhofften die Honoratioren nicht nur, dass sie „brav“ und gern studieren, sondern dass sie die großen Verheißungen des Rechtsstaats, der Werte des Grundgesetzes, letztlich der Gerechtigkeit wahr werden lassen.

Und was sagten die Studenten dazu? Auch die Worte der Studentin *Nele de Bruyn* könnte man in Stein meißeln. Sie fragt nämlich, was eine Universität ist, und ihre Antwort lautet: ein Ort des *Fragens* – nicht etwa des Auswendiglernens, das nur nervt und nicht weiterbringt. Mit Blick auf die überstandene DDR: „Wir wissen, wie fragefeindlich ein erstarrtes System ist, das um seine Existenz fürchtet.“ Es habe sich gezeigt, „wie groß der Schaden ist, wenn Antworten auf nicht gestellte Fragen eigenständiges Denken zu lähmen versuchen“. Deshalb ruft sie den neuen Kommilitonen am Ende zu: „Lasst Euch also Eure Fragen nicht nehmen und Euch nicht mit Antworten abspeisen, die der Sache nicht auf den Grund gehen! Habt den Mut zu den eigenen Fragen, zur Neugier!“

All dies ist 25 Jahre, ja mehr als 25 Jahre her. Wo stehen wir heute? Nun, Juristen haben wohl einen Hang zum Pessimismus, und Aufbruchzeiten sind natürlich etwas anderes als eingefahrene Routinen („jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“). Dennoch, ein wenig Kritik und Selbstkritik darf sein.

Was ist aus der Universität geworden, als Institution? Sie scheint sich immer mehr zur Lernfabrik zu entwickeln statt zum Ort neugierigen Fragens, zudem zu einem Bürokratiemonster – man denke nur an das Zentrale Prüfungsamt. Was ist aus den 50 Gerichten geworden? Nach der Gerichtsstrukturreform des Jahres 2013 sind von ihnen noch 28 übrig geblieben – geschlossen wurden die kleinen Amtsgerichte, so dass auf dem flachen Land das Recht ganz buchstäblich nicht mehr sichtbar ist. (Nebenbei: *Wikipedia* vermerkt lakonisch: „Bis Februar 2017 entstanden infolge der Reform Baukosten in Höhe von über 6 Mio. Euro.“) Schließlich: Was ist aus der Juristenausbildung geworden? Das Studium hat sich verkompliziert, weil neben die staatliche Pflichtfachprüfung eine universitäre Prüfung im sog. Schwerpunktbereich getreten ist. Und, Hand aufs Herz: Schaffen wir, die Professoren, es wirklich, bei den Studentinnen und Studenten kritisches Denken, ja überhaupt: Denken zu fördern? Statt „Lernen“, statt Stoffhuberei?

Ich bin recht glücklich, dass ich diese Frage trotz aller Selbstzweifel wohl doch vorsichtig bejahen darf. Wenn nämlich die Honoratioren des Jahres 1991 heute auf eines stolz wären, dann vermutlich auf *GreifRecht*. *GreifRecht* ist der Beweis, dass Studentinnen und Studenten ihr Fach mit

Herzblut studieren, dass sie Recht und Gerechtigkeit immer wieder gründlichst befragen. Und dass *GreifRecht* im Umkreis meines Lehrstuhls gegründet wurde, nämlich durch meinen Mitarbeiter *Dominik Richers* und Herrn *Classens* Mitarbeiterin *Ulrike Lembke*, erfüllt nun wiederum mich mit Stolz.

Ein bisschen beschämt bin ich, weil die Initiative zu den Feiern dieses 25-jährigen Jubiläums gar nicht von den Juristen, sondern von den Wirtschaftswissenschaftlern ausging. Der Kollege *Jan Körnert* und sein Mitarbeiter *Klemens Grube* waren es, die die Idee zu der Ringvorlesung hatten, die wir im Sommersemester – mit großem Publikumszuspruch – veranstaltet haben. Immerhin konnten die Juristen dann die Mehrzahl derer stellen, die zum Oberthema „Recht trifft Wirtschaft" ihren Beitrag geleistet haben. Eher theoretisch ausgerichtet waren dabei die Vorträge von *Michael Rodi* zum „*Homo Oeconomicus*' im Recht", von mir selbst zu „Markt oder Staat" und von *Boris Schinkels* über „Das Normative der Ökonomik". Umso praktischer referierten dann *Hans-Georg Knothe* zum GmbH-Recht („Von ‚Autokran' zu ‚Trihotel'"), *Stefan Habermeier* zum Kartellrecht im Online-Handel („Absprachen zur Beschränkung des Produktvertriebs über das Internet"), *Jürgen Kohler* zu „Wertersatz als zivilrechtlicher Haftungsinhalt", *Heinrich Lang* zu „Gerechtigkeit und Ressourcenknappheit: das Dilemma des Gesundheitswesens" – er übrigens im Tandem mit *Stefan Fleßa* von den Wirtschaftswissenschaften. Von den Wirtschaftswissenschaften lieferten ihren Beitrag außerdem *Jan Körnert* („Außenwirtschaftsrecht zur Regulierung des Auslandseinflusses im Bankensystem"), *Walter Ried* („Recht der Grundsicherung aus ökonomischer Sicht") und *Torsten Mindermann* („Steuerrecht in der Betriebswirtschaftslehre"). Die wohl spektakulärste Verbindung von Recht und Wirtschaft glückte *Stefan Harrendorf* mit „Der rational handelnde Verbrecher?" – kann man Verbrechen sozusagen unternehmerisch betrachten?

25 Jahre sind eine lange Zeit. Im Rückblick wird man wohl doch sagen können: Wir haben etwas geschafft. Wir sind eine Fakultät mit immerhin 26 Lehrstühlen, davon 14 in der juristischen, 12 in der ökonomischen Abteilung (dass deren Aufbau nach 1991 politisch besonders schwierig war, sei am Rande erwähnt). In aller Bescheidenheit kann man auch sagen, dass wir uns in der jeweiligen Fachwelt unseren Namen gemacht haben (Einzellob unterbleibt). Dass dies dann mehr ins Detail geht – siehe die Ringvorlesung – als das Pathos des Aufbruchs, ist unvermeidlich. Besonders erfreulich ist schließlich: Wir ziehen nicht nur Studenten aus dem Umland an, sondern aus dem ganzen Bundesgebiet. Dies und die geographische Abgeschiedenheit machen die Studieratmosphäre in Greifswald – ich kenne ja auch andere Fakultäten – durchaus zu etwas Besonderem. Möge es so bleiben, möge das kleine gallische Dorf unter den rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten weiterhin wachsen, blühen und gedeihen!